

Finanzen



Steuerpolitische Rahmenbedingungen haben für die Produktion und den Konsum von Lebensmitteln große Bedeutung. Das Mehrwertsteuersystem bestraft mit seinen zahllosen Einzelregelungen den Konsum pflanzlicher Alternativen zu tierischen Lebensmitteln (19 % Steuer auf Hafer-, Sojadrink & Co. gegenüber 7 % für Kuhmilch).

Gleichzeitig benachteiligt es Bio-Lebensmittel ganz grundsätzlich, deren ohnehin schon höherer Netto-Preisabstand zu konventionellen Produkten durch die Mehrwertsteuer noch verstärkt wirkt.

Mit Steuern steuern: Nachhaltige Produktion und Konsum unterstützen

Die Schwerpunktsetzung der Besteuerung des „Faktors Arbeit“ benachteiligt gerade Bio-Landwirtschafts- und Verarbeitungsbetriebe, in denen im Durchschnitt deutlich mehr Arbeitsleistungen erbracht werden (müssen) – oder positiv ausgedrückt: Betriebe, die mehr Menschen Lohn und Brot bieten. Vor über 20 Jahren wurde mit der „Öko-Steuer“ erstmals versucht, Nachhaltigkeitsaspekte im Steuersystem zu berücksichtigen. Obwohl die Öko-Steuer funktioniert, wurde dieser Ansatz nie ausgeweitet. Die 2020 beschlossene Bepreisung von CO₂ könnte ein nächster, wenn auch sehr kleiner Schritt in diese Richtung einer Ressourcenbesteuerung sein. Trotz dieses kleinen Schrittes wäre Deutschland weit entfernt von einem zukunftsfähigen Steuer- und Finanzsystem, welches an den heutigen Anforderungen an Nachhaltigkeit ausgerichtet sein muss. Ganz im Gegenteil: Ein Steuersystem, das Nachhaltigkeit ausblendet und nicht-nachhaltige Praktiken – statt zu sanktionieren – sogar teilweise besserstellt, betreibt faktisch umweltschädliche Subventionierung. Denn es

toleriert bzw. belohnt nachgewiesene negative Effekte auf Volkswirtschaft und Gemeinwohl, verschafft nicht-nachhaltigen Unternehmen Wettbewerbsvorteile und bestraft diejenigen, die nachhaltig produzieren und konsumieren. Eine Bundesregierung, die ihre Verantwortung gegenüber der heutigen und zukünftigen Generation und ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, dem Klimaabkommen von Paris, der UN-Biodiversitätskonvention und den UN-Nachhaltigkeitszielen ernst nimmt, muss auch ihr Steuersystem konsequent auf Nachhaltigkeit trimmen.

Faire Märkte: Für wahre Preise sorgen

Preise müssen die soziale und ökologische Wahrheit sprechen, wenn sie ihre Steuerungsfunktion erfüllen sollen. Denn eine soziale Marktwirtschaft kann nur dann ihre Stärken hinsichtlich Innovationsdynamik, freier Entwicklungsmöglichkeiten und gleichzeitiger Sicherung einer Grundversorgung für alle Teile der Gesellschaft entfalten, wenn die Preise für Produkte und Dienstleistungen die realen Kosten abbilden – und sie nicht zulässt, dass wesentliche Kosten sanktionsfrei externalisiert werden dürfen.

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen zum Thema kommen mit Blick auf die Lebensmittelproduktion in Deutschland zu einem klaren Ergebnis: Große Teile der vor allem mit der Erzeugung verbundenen Kosten für die Umwelt spiegeln sich nicht im Produktpreis an der Ladenkasse wider. Vielmehr begleichen Bürgerinnen und Bürger die Rechnung indirekt mit ihren Steuergeldern – oder über höhere Gebühren, die etwa für die Entfernung von Nitrat oder Pestiziden aus dem Trinkwasser anfallen.



Wettbewerbsver- zerrungen entzerren, Marktversagen stoppen

Das aktuelle System stellt das Verursacherprinzip auf den Kopf – und macht umweltschädliche Produkte „billiger“ als etwa Bio-Lebensmittel, die eine ehrliche Kostenbilanz aufweisen und deren Preise die Wahrheit sprechen. Diese Wettbewerbsverzerrungen müssen endlich gestoppt werden. Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pestizide und Düngemittel sind nur einige geeignete Instrumente, mit denen dem Marktversagen begegnet werden kann. Denn dieses entsteht, wenn öffentliche Güter wie Boden, Artenvielfalt, Klima oder Grundwasser beim Wirtschaften geschädigt werden, ohne dass die dabei entstehenden Kosten sich im Preis der so produzierten Waren wiederfinden.

Ein weiteres wichtiges Instrument für die Preisbildung ist die Bilanzierung von Nachhaltigkeitsrisiken der Unternehmen, im Sinne einer „True Cost“-Systematik. Die Bilanz ist wichtige Grundlage für den Zugang zu Fremdkapital von Banken und anderen Investoren und damit relevant für

»Ein effizientes Steuersystem sollte besteuern, was vermieden werden soll und nicht, was gesellschaftlich erwünscht ist („tax bads, not goods“). Die Richtschnur sollte sein, dass diejenigen profitieren, die sich umweltfreundlich verhalten.«

DNR¹ & FÖS² 2017

die interne Kosten- und Preiskalkulation. Werden Nachhaltigkeitsrisiken nicht bilanziert, wird die Bilanz faktisch geschönt – die Folgen geschönter Bilanzen wurden erst kürzlich im Wirecard-Skandal

1 DNR: Deutscher Naturschutzring

2 FÖS: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

wieder sehr deutlich. Der BÖLW setzt sich dafür ein, die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften so weiterzuentwickeln, dass Gemeinwohlleistungen

»Der WBAE³ empfiehlt, in zentralen Handlungsfeldern die Preisanreize für eine nachhaltigere Ernährung deutlich zu verstärken. Dies soll durch Entlastung einkommensschwacher Haushalte sozialverträglich gestaltet werden.«

WBAE 2020

und Nachhaltigkeitsrisiken besser abgebildet werden. Nur mit wahren Preisen entstehen faire Märkte, in denen sich eine nachhaltige Produktion für Bauern und Unternehmerinnen lohnt.

FINANZEN

FORDERUNGEN

AN DIE BUNDESREGIERUNG

Einführung von Umlagen auf den Einsatz synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel zur Internalisierung externer Kosten.

Weiterentwicklung von Bilanzierungsvorschriften im Sinne eines „True-Cost“-Ansatzes.

Systematische Überprüfung des gesamten deutschen Steuersystems mit dem Ziel, innerhalb der nächsten Legislaturperiode mit geeigneten Instrumenten nachhaltiges Wirtschaften und Konsumverhalten steuerlich zu entlasten.



3 WBAE: Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz